vinetur

Italienische Rebschulverbände fordern Fördermittel für die Wiederbepflanzung statt Rodungen

Mit zertifiziertem Pflanzgut könnten sich Winzer besser auf schwächere Nachfrage, Dürre, Hitze und Krankheitsdruck einstellen.

Freitag, 13. November 2026



Die italienische Rebschulbranche fordert die Politik auf, öffentliche Mittel für die Erneuerung von Weinbergen auszugeben, statt Winzer für deren Rodung zu bezahlen. Die italienische Weinproduktion solle sich mit Wiederbepflanzungen, neuem Pflanzgut und schnellerer Innovation auf die schwächere Nachfrage und den Klimadruck

einstellen.

Der Vorschlag wurde am Donnerstag, dem 12. November, in einem Bericht der Unione Italiana Vini vorgestellt. Darin heißt es, die beiden Rebschulverbände Miva und Associazione Vivaisti Viticoli Friuli Venezia Giulia wollten verfügbare Mittel in die Umstrukturierung und Umstellung von Weinbergen lenken, statt Rodungsprämien zu gewähren.

Die Verbände argumentieren, dass sich die Schwierigkeiten des italienischen Weinbaus nicht allein durch eine Verringerung der Anbaufläche lösen ließen. Weinberge müssten vielmehr so umgestaltet werden, dass sie besser auf Veränderungen der Verbrauchernachfrage, höhere Wetterrisiken und langfristige Klimaveränderungen reagieren können. Dafür müsse in Sorten, Klone und Unterlagsreben investiert werden, die als besser für die künftigen Anbaubedingungen geeignet gelten. Zugleich müssten zertifizierte Reben, Rückverfolgbarkeit, Pflanzengesundheitsgarantien und die Forschung vor der Anlage eines Weinbergs stärker berücksichtigt werden.

Die Debatte kommt für die italienische Weinbranche zu einem heiklen Zeitpunkt. Sie muss sich in einigen Märkten mit einem schwächeren Konsum, veränderten Exportbedingungen und den steigenden Kosten für die Anpassung der Weinberge an Dürre, Hitze und Krankheitsdruck auseinandersetzen. Die politische Entscheidung, ob Rodungen oder Umstellungen bezuschusst werden, könnte nicht nur das künftige Traubenangebot beeinflussen, sondern auch die Nachfrage nach Reben aus den Baumschulen, das Tempo des Sortenwechsels und die Fähigkeit der Winzer, auf veränderte Marktbedürfnisse zu reagieren. Für den Getränkesektor insgesamt könnte sich dies letztlich auf Umfang und Zusammensetzung des Weinangebots sowie auf Investitionsentscheidungen entlang der Lieferkette auswirken.

Nach Angaben der Unione Italiana Vini vertreten die beiden Verbände zusammen nahezu die gesamte italienische Rebschulbranche. In dem Bericht zitierten Äußerungen zufolge erklärten Miva-Präsident Dino Scanavino und Yuri Zambon, Direktor von VCR für den Rebschulverband Friuli Venezia Giulia, das Land müsse über den bloßen Ersatz alter Weinberge durch ähnliche Anlagen hinausgehen. Stattdessen sollten Investitionen auf neue Pflanzentscheidungen ausgerichtet werden, die Widerstandsfähigkeit und

Qualität in den kommenden Jahrzehnten verbessern könnten.

Im Mittelpunkt ihrer Argumentation steht die Auffassung, dass die Rebschulproduktion nicht nur eine unterstützende Tätigkeit, sondern ein strategischer Teil der Anpassung der Weinbranche ist. Indem sie sich für zertifiziertes Rebenmaterial und strengere phytosanitäre Kontrollen einsetzen, knüpfen die Verbände öffentliche Förderung faktisch an die Qualität und den Gesundheitsstatus neuer Weinberge. Außerdem verstehen sie Innovationen in den Rebschulen als Teil einer umfassenderen Antwort auf den Klimawandel, denn Unterlagsreben und Rebsorten können Wasserverbrauch, Krankheitsresistenz, Reifeverlauf und Ertragskonstanz beeinflussen.

Der Bericht griff außerdem einen separaten, aber damit verbundenen Vorschlag des Rebschulisten Marco Vacchetti auf, die Klassifizierung von Keltertraubensorten in Italien zu vereinfachen. Das derzeitige System kann die Einführung neuer oder bislang ausgeschlossener Reben erschweren, weil Anbauvorschriften und Regelungen für Herkunftsbezeichnungen eng miteinander verknüpft sind. Vacchettis Vorschlag sieht vor, diese beiden Fragen voneinander zu trennen.

Nach dem von der Unione Italiana Vini beschriebenen Ansatz könnte eine Rebsorte angebaut werden, wenn sie im nationalen Register aufgeführt ist. Die Entscheidung darüber, ob sie in DOC-, DOCG- oder IGT-Weinen verwendet werden darf, bliebe hingegen den territorialen Behörden überlassen, die die Herkunftsbezeichnungen regeln. In der Praxis könnte eine Sorte so leichter gepflanzt und untersucht werden, ohne automatisch für geschützte Herkunftsbezeichnungen zugelassen zu sein.

Befürworter der Änderung sagen, sie würde Feldversuche mit resistenten Sorten und lokalen Reben beschleunigen, die derzeit vom Anbau ausgeschlossen sind. Zudem ließen sich bereits andernorts anerkannte Versuche vermeiden und mehr agronomische sowie önologische Daten unter realen Weinbergsbedingungen gewinnen. Ziel sei es laut Bericht nicht, die Regeln für Herkunftsbezeichnungen aufzuweichen, sondern Experimente zu erleichtern und zugleich die lokale Kontrolle über die Standards der Herkunftsbezeichnungen zu bewahren.

Diese Unterscheidung ist in Italien wichtig, denn der Weinsektor beruht sowohl auf einer strengen geografischen Identität als auch auf einer großen Vielfalt lokaler Rebsorten. Jeder Versuch, das Sortensystem zu aktualisieren, berührt den langjährigen Konflikt zwischen dem Erhalt traditioneller Regeln und der Möglichkeit für Erzeuger, schneller auf neue Krankheitsrisiken, veränderte Klimabedingungen und andere Verbraucherpräferenzen zu reagieren. Ein flexiblerer Rahmen für den Anbau könnte Winzern helfen, Alternativen zu testen, ohne die Zusammensetzung geschützter Weine unmittelbar zu verändern.

Die Vorschläge der Rebschulverbände deuten auf eine umfassendere Strategie im Umgang mit der aktuellen Krise der Weinbranche hin. Statt zuerst die Rebfläche zu verringern und sich erst später mit der Wettbewerbsfähigkeit zu befassen, fordern sie eine öffentliche Politik, die Wiederbepflanzung als industrielle und ökologische Modernisierung begreift. Ihrer Ansicht nach könnten Mittel für die Umstellung zugleich die Leistungsfähigkeit der Weinberge und die Marktposition der Produkte verbessern, während Rodungen die Kapazitäten verringern würden, ohne zwangsläufig das grundlegende Problem zu lösen, wie und was produziert werden soll.

Ob sich diese Position durchsetzt, hängt davon ab, wie die italienische und die europäische Politik das Gleichgewicht zwischen Angebotssteuerung und Investitionsbeihilfen bestimmen. Der Vorstoß von Miva und dem Rebschulverband Friuli Venezia Giulia macht jedoch deutlich, dass ein Teil der Branche die Antwort auf die aktuelle Weinkrise weniger auf die Verringerung der Rebfläche und stärker auf die Neugestaltung der verbleibenden Weinberge ausrichten will.